

Eine Spätfolge des Sozialismus

Warum es im Osten mehr Selbständige als im Westen gibt – und was das für das Wachstum bedeutet

dali. FRANKFURT. Als die Mauer fiel und der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl blühende Landschaften versprach, war noch nicht abzusehen, welche langfristigen Folgen 40 Jahre Sozialismus auf das Unternehmertum im Osten Deutschlands haben würden. Es war angesichts der unternehmerfeindlichen Politik nicht abwegig, mit lange fortwährenden negativen Auswirkungen auf das Niveau der Selbständigen in Ostdeutschland zu rechnen. Schließlich hatte die Deutsche Demokratische Republik (DDR) mit ihren staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft vielerorts jegliche Formen von Unternehmerteil und Individualität und damit auch die Basis der für das Wirtschaftswachstum so wichtigen Innovativität systematisch unterdrückt. „Es war insofern erst mal überraschend, dass das Level an Selbständigkeit in Ostdeutschland seit 2002 höher ist als in Westdeutschland. Man hätte eigentlich erwartet, dass sich langfristig eine Konvergenz ergibt“, sagt Michael Wyrwich von der Rijksuniversiteit Groningen.

Er hat gemeinsam mit Michael Fritsch und Maria Greve von der Universität Jena eine Studie zu Selbständigkeitsraten in Ost- und Westdeutschland veröffentlicht und sich nun mit den Ergebnissen und Forderungen in einem Brief an die Politik gewandt. Die Daten der Wissenschaftler zeigen: In der DDR betrug die Selbständigkeitsrate kurz vor dem Mauerfall 1989 lediglich 1,8 Prozent, während sie in der Bundesrepublik bei 8,9 Prozent lag. Nach der Wende stieg die Zahl in Ostdeutschland dann rasant an. 2002 überholte die ehemalige DDR den Westen erstmals. Seit 2005 sind die Zahlen im Untersuchungszeitraum bis 2015 leicht gesunken – im Osten wie im Westen gleichermaßen. Eine „Ad-hoc-Analyse“ bis 2019 habe

ergeben, dass diese Werte „relativ stabil“ bleiben, sagt Wyrwich.

Interessant ist der Befund auch aus historischer Sicht: Wie die Wissenschaftler mit Zensusdaten aus den Jahren 1925 und 1939 zeigen konnten, war die Rate der Selbständigen vor dem Zweiten Weltkrieg im Westen höher gewesen. Das dürfte an der Wirtschaftsstruktur der beiden Landesteile liegen, wie Wyrwich vermutet. Überraschend ist für ihn vor allem, was der Treiber des ostdeutschen Überholeffekts war. „Das Narrativ war bisher immer: Natürlich nahm im Osten die Zahl der selbständigen Gründer aus der Not stark zu, weil die Menschen arbeitslos waren oder die Arbeitslosigkeit drohte“, erklärt Wyrwich.

Wer aus der Not ein Unternehmen gründete, tat dies meist im Dienstleistungssektor. Dort waren nicht so viel Kapital und Wissen nötig wie im ver-

arbeitenden Gewerbe. Ein Vergleich zeige jedoch, dass vor allem das verarbeitende Gewerbe im Osten deutlich über dem Niveau der selbständigen Unternehmer im Westen liegt, während das des Dienstleistungssektors ungefähr gleich ist (siehe zweite Abbildung, in der die Nulllinie die Selbständigkeitsrate des Westens darstellt).

„Das höhere Niveau der unternehmerischen Selbständigkeit ist also nicht auf Gründungen aus der Not heraus, sondern auf das verarbeitende Gewerbe zurückzuführen, in dem man mit einer gewissen Kapitalbasis und einem bestimmten Grundwissen starten muss.“ Möglich war das einerseits durch Subventionen. Andererseits wegen der kleinsten Strukturen, die aufgrund der Privatisierung der DDR-Wirtschaft entstanden seien und sich wegen schwacher Wettbewerbsfähigkeit und folglich geringem Wachstum verfestigt

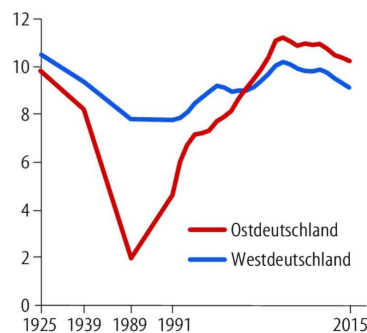
hätten. Sie haben wiederum Einfluss auf die höhere Selbständigkeitsrate. Eine spezifische Betrachtung der Sektoren verdeutliche zudem, dass die langfristig höhere Selbständigkeit im verarbeitenden Gewerbe im Osten nicht allein durch einen kurzfristigen Gründungsboom im Bausektor zu Beginn der 1990er-Jahre bedingt sei.

Aus ihren Ergebnissen leiten die Wissenschaftler Forderungen an die Politik ab. Die sollte sich „nicht vorwiegend auf eine Aktivierung der ostdeutschen Bevölkerung zum unternehmerischen Denken und Handeln konzentrieren“, heißt es im Policy-Brief: „Der geringe wirtschaftliche Erfolg ostdeutscher Unternehmen, der sich in schwachem Wachstum und oftmals geringeren Überlebensraten niederschlägt, weist vor allem auf qualitative Mängel der Unternehmensführung hin, die sich eventuell als eine Spätfolge des Sozialismus auffassen lassen.“

Das Problem sei nicht, dass zu wenige Menschen den Schritt in die Selbständigkeit machen. „Das Problem ist, dass Betriebe nicht wachsen, weniger Exportorientierung haben und dadurch möglicherweise auch eine geringere Rolle für die regionale Wirtschaft haben“, sagt Wyrwich. Die Politik müsse sich stärker darauf fokussieren, Maßnahmen zur Förderung von Unternehmenswachstum zu ergreifen. Gestärkt werden müssten Internationalisierungsaktivitäten, Kooperationsbereitschaften, eine Entrepreneurshipkultur und Kooperationsbereitschaften. „Es braucht finanzielle Anreize, dass Firmen stärker kooperieren, um mehr Innovationen zu generieren“, sagt Wyrwich. Eine andere Option sei es, die Interaktion zwischen staatlichen Wissensakteuren wie Universitäten und kleineren, mittleren Betrieben zu stärken.

Selbständigkeit in Ost- und Westdeutschland

Entwicklung der Selbständigkeitsrate von 1925 bis 2015, in Prozent



Quelle: Förderkreis Gründungs-Forschung (FGF) / IFM Bonn nach Fritsch, Greve und Wyrwich (2022) / F.A.Z. - Grafik Brocker

Selbständigkeitsrate in Verarbeitung und Dienstleistung, Abstand Ostdeutschlands zu Westdeutschland in Prozentpunkten

